

Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen



LSU



PRIDE 2021

Mit Fahrraddemos und
Digitalformaten für
Menschenrechte

Seite 7 und 8

40 JAHRE HIV

Die Aidshilfe
Niedersachsen zieht
Bilanz der Pandemie

Seite 9

LSU TRIFFT...

In einem neuen Format
tauschen sich LSU und
CDU-Kandidaten aus

Seite 10

Meinungsfreiheit in Gefahr?

Über Cancel Culture – ab Seite 4

J U N I 2 0 2 1

Moin!

Es war ein CSD im Norden Deutschlands, vor ein paar Jahren, als man diesen Tag noch als buntes Straßenfest und politische Kundgebung begehen konnte. Diese Tage waren meist geprägt vom Wiedersehen mit alten Bekannten und dem gemeinsamen Streiten für die gute Sache. Doch als Vertreterinnen und Vertreter der CDU waren wir bei diesen Gelegenheiten natürlich auch Gegenwind gewohnt. So waren wir bereits gewappnet, als sich damals eine junge Dame, die sich später als Mitglied der Grünen zu erkennen gab, dem gemeinsamen Stand von CDU und LSU näherte. Sie fühlte sich durch unsere Anwesenheit diskriminiert, begann sie angriffslustig das Gespräch. Das saß.

Jeder Versuch, sich mit ihr diskursiv auseinanderzusetzen, scheiterte an der apodiktischen Feststellung, sie fühle sich durch unsere bloße Anwesenheit diskriminiert – und wie sie sich zu fühlen habe, könnten wir ihr schließlich nicht vorschreiben. Übrig blieb nur, das Gespräch an dieser Stelle möglichst freundlich zu beenden. Wir blieben etwas ratlos zurück.

Wann ist eine Diskriminierung sozusagen justitiabel und wann eher einfach „ein Gefühl“? Zu welchem Thema ist man noch befugt zu sprechen und vor allem: wer ist überhaupt befugt? Können unterschiedliche Standpunkte noch der Boden einer fruchtbaren Diskus-

sion zur Klärung von Meinungen sein, oder gilt die Meinungsfreiheit nur noch einseitig und eine „Moralpolizei“ legt vorab fest, was von vornherein einer Debatte gar nicht zugänglich ist? Nähert sich die Zeit, in der das Verbindende essenziell war für eine Gemeinschaft – ein Staatswesen allzumal – ihrem Ende? Macht sie einer neuen Zeit Platz, die auf das Trennende, vorgeblich Individuelle, setzt, egal wie kleinteilig es dann wird?

Diese und andere Fragen bewegen unser Mitglied Florian Greller aus Osnabrück in seinem Gastbeitrag auf den Seiten 4 bis 6 – unserem Schwerpunktthema in diesem Monat.

Die „Community“ – was sich ja auch ganz problemlos als „Gemeinschaft“ übersetzen lässt – traf sich am 17. Mai zum IDAHOBIT und nur wenige Tage später zum CSD Hannover und erinnerte an das Erreichte, machte aber auch klar, wo noch Verbesserungsbedarf besteht. Uns vertraten dort Christine Karasch und Dr. Hendrik Hoppenstedt, die sich tapfer in den bereits beschriebenen Gegenwind stellten; wir berichten auf den Seiten 7 und 8. Auf Seite 9 geben wir der Aidshilfe Niedersachsen das Wort, die eine Bilanz der Aids-Pandemie zieht, gegen die wir alle seit 40 Jahren kämpfen.

Am 26. September wählen wir einen neuen Bundestag,

als LSU suchen wir bis dahin den Austausch mit vielen Kandidatinnen und Kandidaten. So trafen wir in den vergangenen Wochen Diana Rieck-Vogt (Hannover) und Ute Bertram (Hildesheim), mehr dazu auf Seite 10.

In unseren Kurzmeldungen auf der nächsten Seite werfen wir einen landespolitischen Blick auf die Aktion „Liebe gewinnt“, die Rehabilitierung homosexueller Soldaten sowie das Attentat von Dresden.

Bleibt mir nur, Ihnen und Euch wie immer eine anregende Lektüre zu wünschen. Bleibt diskussionsfreudig, das ist der Nährboden unserer Demokratie.

Ihr und Euer

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen





Foto: BMZ, Thomas Truitschel/photothek.net

Mehr Offenheit für Segen

Flachsbarth unterstützt „Liebe gewinnt“-Aktion

Dr. Maria Flachsbarth, Bundestagsabgeordnete aus Hannover, verteidigt die Aktion „Liebe gewinnt“, bei der katholische Priester gleichgeschlechtliche Paare gesegnet haben. „Es geht nicht um Provokation, sondern um zwei sich liebende Menschen, die tief in ihrer Kirche verwurzelt sind und um die Segnung ihres gemeinsamen Lebenswegs bitten. Es sollte möglich sein, homosexuelle Paare zu segnen“, sagte die CDU-Politikerin dem Politikjournal Rundblick. 🌐



Foto: Henning Otte

Rehabilitierung für Soldaten

CDU-Politiker stützt Rehabilitations-Gesetz

Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, spricht sich für die Rehabilitierung schwuler Mitarbeiter der Bundeswehr aus, die einst wegen des Homosexuellenerlasses degradiert wurden. „Dienstliche Benachteiligungen aufgrund der sexuellen Orientierung dürfen in einer modernen und einsatzbereiten Streitkraft nicht existieren“, erklärte der Abgeordnete aus Celle/Uelzen nach der Anhörung im Verteidigungsausschuss. 🌐



Foto: ZDF/Jana Kay

Keine schwulen Opfer?

ZDF-Redakteur kritisiert Justizbehörden

Christian Dekker, ZDF-Rechtsexperte, hat in einem Gastkommentar im Anwaltsblatt die Bundesanwaltschaft kritisiert. Nachdem 2020 ein syrischer Islamist in Dresden zwei Männer mit einem Messer attackiert und einen der beiden getötet hatte, schwiegen Staats- und Bundesanwaltschaft über die Homosexualität der Opfer. Dekker schreibt, es gebe aber einen Zusammenhang und „es geht gar nicht um die sexuelle Orientierung der Opfer, sondern um das Motiv des Täters.“ 🌐



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Der Graue Regenbogen

Wie die Gender- und Identitätsdebatte die Community entzweit

Wer in die Welten von Twitter und Facebook reist, der wird schnell feststellen, dass sich die Welt des Regenbogens verfärbt in ein depressives Grau. Sicherlich wird der/die Leser*in zwangsläufig auf die Begriffe „TERF“ („Trans-ausschließender radikaler Feminismus“) oder „SuperGay“ stoßen und sich fragen, was es damit auf sich hat. In den sozialen Netzwerken wird ein offener Schlagabtausch geführt, in dem sich beide Seiten nichts schenken. Über die Deutungshoheit zum Thema „Geschlecht“ wird sich gestritten und zum Teil in einer Heftigkeit, die befremdlich wirkt. Es wird hemmungslos aufeinander eingedroschen. Transphob, Genitalfetischist, TERF, Spermaschleuder, Mann in Kleidern, Nazi, AFD-Wähler – dies ist nur eine Auswahl der Wörter, die benutzt werden, um die andere Seite zu verunglimpfen. In der Folge lehnen viele die Begriffe Queer und LGBTI* ab und sagen offen Nein zur „Community“. Andere kommunizieren nach dem Prinzip „Bist du nicht für mich, dann bist du gegen mich“, und der Streit schaukelt sich immer weiter hoch. Bisher wurde der Kampf im Internet ausgetragen. Mit der massiven Auseinandersetzung zum Lesbienfrühlingstreffen 2021 ist der Kampf nun in der realen Welt angekommen. Die Diskussionen zum Selbstbestimmungsgesetz haben die Auseinandersetzung zum Thema „Geschlecht“ nun in die Öffentlichkeit getragen und die Spaltung wird immer offensichtlicher. Manche sehen sich einem Kreuzfeuer ausgesetzt. Erschwerend kommt noch hinzu, dass es immer mehr



**Ein Debattenbeitrag
von Florian Greller
aus Osnabrück**

Begrifflichkeiten, Wortkreationen, Geschlechtsdefinitionen, Anschauungen und Meinungen zum Thema gibt. Aktuelle Debatten kommen noch hinzu, wie zum Beispiel die Identitäts- oder Cancel-Culture-Debatte. Soziale Netzwerke werden als „Kampfmittel“ zur Durchsetzung der eigenen Agenda eingesetzt.

Worum geht es? Die grundlegende Frage ist: Was ist das Geschlecht? Ist es das biologische Geschlecht (engl. sex) oder das soziale (engl. gender), also eine geschlechtliche Identität? Ist es ein soziales Konstrukt oder existiert es gar nicht? Was ist ein Mann? Ist eine Frau mit einem männlichen Geschlechtsmerkmal eine Frau? Was ist Homosexualität? Viele Fragen werden gestellt, viele Antworten gibt es darauf. Während viele das biologische Geschlecht für entscheidend halten, zählt für die Anhänger der Trans-Bewegung die Geschlechtsidentität. Beide Seiten sehen sich im Recht, ihre Definition als die einzig Richtige anzusehen. Da das Geschlecht etwas Urpersönliches

ist, löst jeder vermeintliche „Angriff“ von außen starke Reaktionen aus. Deshalb ziehen sich immer mehr Menschen zurück und sind unglücklich, irritiert und überfordert. Die Stimmung ist toxisch. Viele trauen sich aus Angst vor Verunglimpfung nicht mehr, etwas zu sagen. Eine „falsche“ Meinung, eine „falsche“ Begriffsdefinition führt zu wütenden Gegenreaktionen. Dem wollen und können sich nicht alle aussetzen. Andere wiederum haben sich dem Thema verschrieben und werden sichtbar. Interessant ist zu beobachten, dass sich zum Beispiel radikale Feministinnen, Liberale, Konservative, Frauenrechtlerinnen, Lesben, Schwule und Trans-Frauen grenzüberschreitend verbünden. Die Einordnung in links, liberal oder konservativ ist obsolet. Es wird gekämpft für die gemeinsame „Sache“.

Welche Vorwürfe werden erhoben? Der Trans-Bewegung wird beispielsweise das Eindringen in Schutzräume und ein aggressives und lautes Verhalten zur Durchsetzung ihrer Agenda vorgeworfen. Der Gegenseite wird wiederum beispielsweise vorgeworfen, dass Trans* Menschen nicht als Mann oder Frau anerkannt und ausgegrenzt werden, und dass sie sich „permanent“ erklären und rechtfertigen müssen. Durch das von den Grünen geforderte Selbstbestimmungsgesetz, das einen Geschlechtswechsel durch eine „einfache Erklärung“ vorsieht, sehen sich Frauen bedroht und sehen ihren Kampf für ihre Rechte gefährdet. Befürworter des Gesetzes wiederum argumentieren damit, dass

von Trans* Menschen keine Gefahr ausgehe. Diese Diskussion diene lediglich dazu, ein nicht-existierendes Feindbild zu erzeugen, um Trans* Menschen auszuschließen.

Eine Auswahl der Auseinandersetzungen: Im Jahr 2020 gab der Betreiber eines schwulen Campingplatzs bekannt, dass er keine Transmänner auf seinem Platz möchte, woraufhin ein Shitstorm losbrach. In den sozialen Netzwerken entbrannte ein Streit, ob schwule Cis-Männer (also nicht-transgeschlechtliche Männer), die schwule Cis-Männer begehren, schwule Trans-Männer, die Männer begehren, von vornherein ausschließen dürfen. Kurz darauf entschied Stonewall (die führende Wohltätigkeitsorganisation für LGBT) in England, sich ab sofort für die Trans-Gleichstellung einzusetzen und sich von der bisherigen, ausschließlich auf der Grundlage von biologischen Merkmalen basierenden Geschlechtsdefinition abzuwenden. Aus diesem Konflikt bildete sich die neue Organisation LGB Allianz, die Homosexualität im herkömmlichen Sinn versteht. Gegner werfen der Allianz Transphobie und Ausgrenzung vor, was von der Allianz zurückgewiesen wird. In Deutschland führte ein an der Universität Vechta geplanter Vortrag von Till Randolf Amelung (ein erfolgreicher und angesehener Buchautor und Referent) zu Kontroversen. Der Vortrag zum Konflikt zwischen Trans und Radikalen Feministinnen wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, weil die Veranstalter aufgrund angeblicher Transfeindlichkeit dazu gedrängt wurden. Verursacher war ein gut vernetzter Instagram-Nutzer, der über das Medium seine Anhänger

mobilisierte. In diesem Zusammenhang fällt der Begriff „Cry Bullying“ immer öfter. Das heißt, Diskussionen und Argumente werden von Personen nicht zugelassen, die sich selbst als Opfer sehen, und missbräuchliches Verhalten betreiben, um andere Sichtweisen zu verhindern. Empörung statt Argumente führt dazu, dass der oder die Lauteste keinen Diskurs zulässt. Kurz darauf schlugen die Wellen hoch, als das Programm des diesjährigen Lesbianfrühlingstreffens veröffentlicht wurde. Ein Tweet einer Aktivistin bezichtigte die Veranstalter der Transphobie. Ihrer Meinung nach gab es Vorträge, die sich gegen Trans-Menschen richten würden. Weiterhin wurde beklagt, dass Trans-Menschen grundsätzlich ausgeschlossen seien. Es folgte ein beispielloser Shitstorm, an dem sich viele beteiligten und der zur Folge hatte, dass Fördergelder wieder zurückgenommen wurden, die Schirmherrschaft entzogen wurde und die Liste der Organisatoren, die sich distanzieren, immer länger wurde. Die Organisatorinnen sehen sich einer beispiellosen Hetz- und Schmierenkampagne gegenüber. Ein weiterer Streit entbrannte im Internet unter dem Hashtag „#SuperGay“ darüber, ob es transphob sei, Trans-Menschen als Sexualpartner*in abzulehnen, weil sie der sexuellen Präferenz nicht entsprechen.

Warum ist die Stimmung so toxisch geworden? Die Gemengelage ist undurchsichtig, und es ist schwierig, alles einzuordnen. Eine Erklärung könnten die „QueerGenderRadicals“, wie ich sie nenne, sein. Bewusst ist das Wort „Trans“ oder eine andere Begrifflichkeit, die auf eine bestimmte Gruppe

hinweisen, weggelassen worden. Es handelt sich um laute aggressive Individuen, die durch ihr Verhalten die Stimmung vergiften und ihre Agenda durchsetzen wollen. Ihr Werkzeug sind die sozialen Medien. Anhänger des „biologischen Geschlechts“ müssen sich aber den Vorwurf gefallen lassen, ob sie nicht blind waren für die Entwicklungen zum Thema Geschlechtsdefinition. Nicht wenige Menschen definieren das Geschlecht unabhängig von Geschlechtsmerkmalen und wollen jetzt gehört und anerkannt werden. Diese wiederum müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, ob sie nicht in einer Blase leben und blind dafür sind, dass es viele Menschen gibt, die dem nicht folgen werden. Wer nach der Maxime handelt, es darf nichts diskutiert werden, weil es darüber nichts zu diskutieren gibt, andersdenkende blockt und für keine kritische Meinung offen ist, der wird bitter enttäuscht werden, wenn die Blase platzt. Ist die Unterstützung wirklich so groß und von Dauer? Es ist gerade „fancy“ (schick), sich lautstark für eine „Opfergruppe“ einzusetzen und sich zu solidarisieren. Die Frage muss gestellt werden, ob es sich um wirkliche Unterstützung handelt? Die Enttäuschung wird kommen, wenn der Tross der „Allies“ (Unterstützer) weiter zieht, weil „Transrechte“ nicht mehr „fancy“ sind.

Und jetzt? Hass, Zorn, Spaltung? Ist das nun die Zukunft und sind das die Früchte der Arbeit zur Gleichberechtigung? Sicher nicht! Im realen Leben sind alle Seiten gefordert, verbal abzurufen und von der emotionalen Ebene auf die Sachebene zu wechseln. Es gilt, gemeinsam nach einer Lösung

zu suchen, wie die Interessen der Gruppen umgesetzt werden können – und das im gegenseitigen Respekt. Wenn das nicht gelingt, so wird es nur Verlierer geben. „Ausschließlichkeit“ kann nicht die Lösung sein. Die Welt ist vielfältig wie unser Leben. Das biologische Geschlecht zu ersetzen, ist genauso falsch wie die Nicht-Anerkennung von Menschen mit transgeschlechtlichem, Identitäts- oder nicht-binärem Hintergrund. Es kann aber auch niemand verlangen, dass jede sinnentleerte Geschlechtsdefinition und pseudo-wissenschaftlicher Unsinn für gut heißen und akzeptiert werden muss.

So traurig und bitter die Auseinandersetzung ist, so gibt es dennoch Positives. Längst überfällig findet jetzt überhaupt eine Diskussion zum Thema statt. Menschen finden zueinander, die nach Lösungen für eine gemeinsame Zukunft suchen und wieder anfangen, zuzuhören. Die ganze Debatte zeigt, wie dankbar wir sein sollten, in Europa leben zu dürfen. Denn trotz einer vermeintlichen Cancel Culture gilt in diesem und anderen Ländern der Grundsatz der Meinungsfreiheit. Wer sich aber auf das Minenfeld „Gender“ begibt, muss Meinungen aushalten können und andere Meinungen akzeptieren, so schwer das fallen mag. In Europa ist es möglich, sich zu organisieren, etwas zu veranstalten und für die persönlichen Interessen zu kämpfen und dafür Mehrheiten zu finden. Das gilt es auszuhalten, auch wenn es für manche ärgerlich ist, Wut erzeugt und auf Unverständnis stößt. Es gibt ein wunderbares Wort dafür: Demokratie. Leider vergessen das so manche, wenn es ausschließlich um ihre Belange geht.

Die CDU-Fraktion will die offene Gesellschaft und die Freiheit gegen linke Identitätspolitik verteidigen

„Die unhaltbaren Vorgänge um Professor Helmut Bley und den Soziologen und Polizisten Frank-Holger Acker sind stellvertretende Beispiele für ein bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichende Identitätspolitik“, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Uwe Schünemann. Für die als „Cancel Culture“ bezeichnete Bewegung steht nicht mehr die soziale Frage, sondern allen die kulturelle Zugehörigkeit zu speziellen Gruppen im Fokus.

„Wenn sich nur noch Personen aus homogenen Gruppen zu Fragen und Problemen dieser Gruppen äußern dürfen, werden durch diese Ausgrenzung die individuellen Menschenrechte und somit die Würde des Menschen, vor allem die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, jede Form von Gemeinsinn und Zusammenhalt eines demokratischen Gemeinwesens nachhaltigen Schaden nehmen“, so der Fraktionsvizechef.

Daher habe die CDU-Landtagsfraktion heute eine Resolution auf ihrer Klausurtagung vorbereitet und beschlossen, die sie den anderen Fraktionen zum gemeinsamen Beschluss im Landtag vorlegen werde. „Ziel ist es, gemeinsam deutlich zu machen, dass der Niedersächsische Landtag die im Zusammenhang mit Cancel Culture stehende Ausladung



von Professor Helmut Bley und die Umstände, die zur Aufgabe der Dozententätigkeit des Polizisten Frank-Holger Acker geführt haben, missbilligt“, so der Innenexperte.

„Wir wollen, dass die freiheitsfeindliche Zielrichtung der zunehmend linken Identitätspolitik aufmerksam beobachtet wird, die Hochschulen sensibilisiert und Maßnahmen ergriffen werden, um unsere offene Gesellschaft und mit ihr die Freiheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes gegen ihre Feinde verteidigt werden“, so Schünemann. (PM)

Regenbogen am 17. Mai

Union zeigt Flagge zum Aktionstag gegen Homo- und Transfeindlichkeit



„Wir haben gemeinsam und jeder in seinem Umfeld einiges erreicht“, sagte LSU-Landeschef Sven Alexander van der Wardt bei der Kundgebung vom LSVD anlässlich des IDAHOBIT in Hannover. „Klar ist: Es geht uns bei aller Interessenvertretung nicht um Sonderrechte für Einzelne, sondern für gleiche Rechte für alle. Denn LSBTI-Rechte sind Menschenrecht. Das sichtbar zu machen, dazu ist dieser Tag nach wie vor unerlässlich. Wenn wir dabei stets auch den Zusammenhalt der Gesellschaft als Ganzes im Auge behalten, möchte ich dafür gerne weiter mit Euch eintreten und streiten.“



Hildesheim zum Strahlen bringen

In Hildesheim hat der Stadtverband der Jungen Union am diesjährigen IDAHOBIT für zahlreiche Regenbogenfahnen gesorgt und setzt sich dafür ein, dass im kommenden Jahr auch städtische Gebäude am 17. Mai entsprechend Flagge zeigen. Die Aktion hat unser Mitglied Cornelius Henning (Foto, kniend) initiiert.



Was ist eigentlich der IDAHOBIT?

Der IDAHOBIT ist der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit. Seit 2005 wird dieser besondere Aktionstag jedes Jahr am 17. Mai begangen und erinnert damit an jenen 17. Mai 1990, an dem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschloss, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen. Für Transsexualität gilt dies aber erst seit 2018.

Entsprechend der öffentlichen und Community-internen Wahrnehmung und Prioritätensetzung hat sich auch der IDAHOBIT weiterentwickelt. Zu Beginn war nämlich nur vom IDAHO die Rede – dem International Day Against Homophobia.



Traditionell wurde in den vergangenen Jahren vielerorts ein „Rainbowflash“ veranstaltet, bei dem zahlreiche bunte Luftballons steigen gelassen wurden. In diesem Jahr entschied sich der Lesbian- und Schwulenverband LSVD Niedersachsen-Bremen für eine nachhaltigere Variante und stellte mit den Teilnehmern der IDAHOBIT-Kundgebung einen Regenbogen mit Pappkarton.

Hoppenstedt und Karasch beim CSD

Auf Augenhöhe, mit Respekt und für die Rechte von LSBTI



„Tina, was kosten die Kondome?“ Diese Frage stammt natürlich von Hella von Sinnen, die als Kassiererin im Drogeriemarkt dem armen Ingolf Lück den Angstschweiß auf die Stirn trieb. Fast jeder erinnert

sich noch an diesen Clip, und Dr. Hendrik Hoppenstedt wusste auch noch, dass dieser damals von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung produziert worden war. Bei der politischen Gameshow im Rahmen des CSD sicherte sich der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und CDU-Bundestagsabgeordnete aus der Region Hannover den ersten Punkt. Den zweiten erhielt er dafür, dass er noch wusste, wer den Satz sagte: „Ich bin schwul, und das ist auch gut so.“ Aber aus unerfindlichen Gründen meinte die SPD-Kandidatin, dieser Punkt stünde ihr zu, als hätten die Sozialdemokraten das Outing Klaus Wowereits auf ewig gepachtet.



Auch in diesem ließ die Coronapandemie keinen CSD zu, wie wir ihn von früher noch kennen. In Kooperation mit dem Schauspiel Hannover veranstaltete der Andersraum aber einen Livestream aus dem Innenhof des Schauspielhauses.

„Wir sind auf dem Weg, wir sind noch lange nicht da“, sagte Christine Karasch, die CDU-Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Region Hannover, bei der Kundgebung vor der CSD-Fahrraddemo am Pfingstsonntag. Den Zwischenruf „zu langsam“ quittierte sie kurzerhand mit „richtig“, denn Christine Karasch wünscht sich selber mehr Tempo bei der einen oder anderen Veränderung.

„Ich stehe für einen Umgang auf Augenhöhe und mit Respekt“, führte sie weiter aus und beteuerte, die Region Hannover werde auch in Zukunft die bestehenden Angebote weiter unterstützen, etwa die Aidshilfen, die sich derzeit im Umbruch befinden.



Im Anschluss an die Kundgebung radelte dann die LSU zusammen mit Unterstützern aus der Jungen Union bei der Fahrraddemo rund zehn Kilometer durch Hannover, natürlich ausgestattet mit leuchtenden Regenbogenfahnen.

Von der Angst zum Erfolg

Großes Problem: Diskriminierung von Menschen mit HIV

Vor 40 Jahren, im Juni 1981, wurde erstmalig über Aids-Fälle in den USA berichtet und damit über den Beginn einer Pandemie durch HIV. HIV bewirkte beispiellose Fortschritte in Gesundheitsaufklärung, Prävention, Testverfahren, epidemiologischen Modellen und bei der Entwicklung von klinischen Studien und Konzepten, von denen wir bei der Bewältigung der Covid19-Pandemie derzeit sehr stark profitieren. Auch nach 40 Jahren haben Menschen mit HIV immer noch gegen Diskriminierung zu kämpfen. Sozialministerin Behrens besucht daher zusammen mit der Aidshilfe Niedersachsen das Anfang Juni gestartete Antidiskriminierungsprojekt „Selbstverständlich Positiv in Hannover.“

„Keiner wusste anfangs, was Aids genau bedeutet, welche Auswirkungen es haben könnte und wie man sich vor einer Infektion schützen kann. Aber klar war: da kommt eine Bedrohung auf uns zu! Wir wollten nicht untätig sein und warten bis Aids uns überrollt. Deshalb haben wir uns frühzeitig engagiert und Aids-Hilfe-Initiativen gegründet“, fasst Jürgen Hoffmann vom AHN-Vorstand und Aktivist der ersten Stunde zusammen.

„Wir blicken zurück auf 40 Jahre HIV und die engagierte Arbeit der Aidshilfen in Niedersachsen. Doch noch immer erfahren HIV-positive Menschen Ausgrenzung und Stigmatisierung in verschiedensten Lebensbereichen. Dies macht deutlich, wie wichtig die Aufklärungsarbeit ist“ erklärt die Niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens. „Gemeinsam mit den Niedersächsischen Aidshilfen setzt sich die Niedersächsische Landesregierung gegen Diskriminierungen aufgrund einer HIV-Infektion ein. Hierbei stehen die Niedersächsischen Aidshilfen allen Bürgerinnen und Bürgern als Anlaufstelle zur Seite und leisten mit ihrer Expertise einen wertvollen Beitrag für die gesellschaftliche Akzeptanz und Solidarität gegenüber Menschen mit HIV“, unterstreicht die Ministerin.

„Nach 40 Jahren engagierter Arbeit der Aidshilfen sind wir in Niedersachsen gut aufgestellt.

Ich bin aber immer wieder schockiert, wie Menschen mit HIV nach wie vor diskriminiert werden. Arbeitnehmer*innenrechte scheinen teilweise nicht zu existieren. Mein Appell an alle Menschen mit HIV, die Diskriminierung erlitten haben: Wendet euch an die Aidshilfe. Wir kämpfen mit und für euch für eure Rechte!“, betont Christin Engelbrecht, Geschäftsführung der Aidshilfe Niedersachsen.

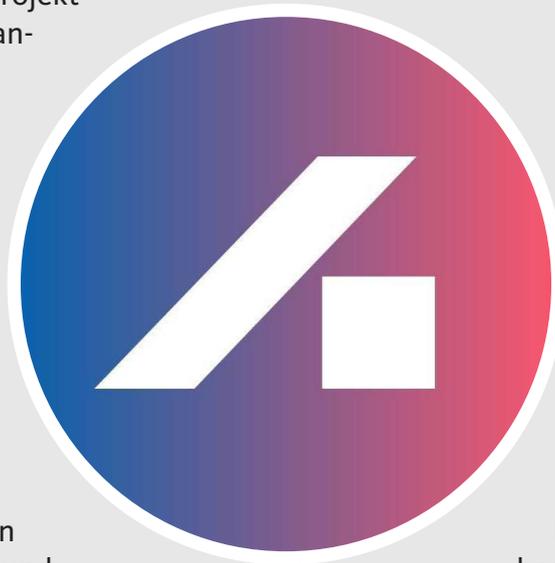
Im Kampf gegen Corona von der Expertise mit HIV profitieren

In der Hannöverschen Aidshilfe startete daher zum 1. Juni ein Projekt mit dem ersten offiziellen Antidiskriminierungsbeauftragten der niedersächsischen Aidshilfen: „Der Fakt, dass im alltäglichen Umgang miteinander absolut keine HIV-Übertragungen stattfinden, ist leider in weiten Teilen der Bevölkerung noch nicht angekommen!“, bedauert Projektleitung Sebastian Bathge. Mit dem Projekt werden Menschen mit HIV bestärkt, selbstbewusst und offen zu ihrer HIV-Infektion zu stehen.

Die Einbindung von Menschen mit HIV bei den Aidshilfen ist von Beginn an wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Präventions- und Beratungsarbeit. „Wir haben durch HIV und Aids sehr früh gelernt, dass nur durch die intensive Einbeziehung der Personen mit erhöhten Risiken tragfähige Präventionsstrategien entstehen und umgesetzt werden können. Dieses grundlegende Prinzip wird im Kampf gegen Corona bisher viel zu wenig beachtet“, stellt Prof. Dr. Matthias Stoll vom Vorstand der AHN fest.

„Wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus, sondern richten unseren Blick in die Zukunft: Gemeinsam mit dem Sozialministerium werden die Aidshilfen in ihrer engagierten Arbeit nicht nachlassen und die wohl größte Herausforderung, die Diskriminierung, beseitigen“, so Dr. Christian Wichers vom AHN-Vorstand.

(Beitrag der Aidshilfe Niedersachsen)



Neues aus Niedersachsen

LSU trifft ... Diana Rieck-Vogt CDU-Kandidatin in Hannover

Sie will das Ohr an den Menschen im Wahlkreis haben: Diana Rieck-Vogt, stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende in Hannover, kandidiert für die CDU im Wahlkreis 42 bei der Bundestagswahl im September. Im Mai war sie zu Gast bei unserem neuen Format „LSU trifft...“, bei dem wir regelmäßig Kandidatinnen und Kandidaten der CDU zum lockeren Austausch einladen.



LSU trifft ... Ute Bertram CDU-Kandidatin in Hildesheim

Anfang Juni sprachen wir mit Ute Bertram, der Bundestagskandidatin der CDU Hildesheim. Wenn die Corona-Pandemie überwunden ist, geht es ihr erst einmal darum, die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Darüber hinaus liegt ihr aber auch die Gesundheitspolitik am Herzen, denn Ute Bertram ist auch ehrenamtliche Vorsitzende der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung.

LSU trifft...

Immer am ersten und dritten Donnerstag im Monat lädt die LSU in Niedersachsen zum digitalen LSU-Stammtisch. Bis zur Bundestagswahl stehen die Treffen unter der Überschrift „LSU trifft...“ – als Gäste werden Kandidaten für die Bundestags- und Kommunalwahl eingeladen.



SCAN ME

Die Digital-Veranstaltungen beginnen immer um 19 Uhr und werden künftig auf anderthalb Stunden zeitlich begrenzt. Für die Teilnahme am digitalen LSU-Stammtisch einfach diesen QR-Code scannen oder vorbeischaun auf: lsuinniedersachsen.my.webex.com/meet/unioncorner